

# Gemeinde Südlohn

## Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Rat  
vom: 02.05.2018

10. Sitzungsperiode / 37. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal  
Beginn: 18:03 Uhr  
Ende: 21:13 Uhr

### Anwesenheit:

#### I. Mitglieder:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Herr Robert Bratus
3. Herr Frank Engbers
4. Herr Hermann-Josef Frieling
5. Herr Wilhelm Hövel
6. Herr Heinrich Icking
7. Herr Alois Kahmen
8. Frau Elisabeth Nienhaus
9. Herr Günter Osterholt
10. Herr Andreas Peek
11. Herr Ingo Plewa (bis TOP I.2)
12. Herr Michael Schichel
13. Herr Steffen Schültingkemper
14. Frau Christel Sicking
15. Herr Jörg Battefeld
16. Herr Günter Bergup
17. Frau Karin Schmittmann
18. Herr Ludger Rotz
19. Herr Hans Brüning
20. Frau Rita Penno
21. Frau Barbara Seidensticker-Beining (ab TOP I.3)
22. Herr Jörg Schlechter
23. Herr Josef Schleif
24. Herr Maik van de Sand

#### II. Entschuldigt:

1. Frau Maria Bone-Hedwig
2. Herr Klemens Lüdiger
3. Herr Siegfried Reckers

#### III. Verwaltung:

1. AL 10 - Werner Stöttke
2. AL 20 - Martin Wilmers
3. AL 60 - Dirk Vahlmann
4. Ludger Butenweg (Amt 60)
5. Silvia Heselhaus (Schriftführerin)

#### IV. Gäste

1. Herr Kutzera und Frau Asche von der Firma Pesch & Partner Architekten und Stadtplaner Dortmund

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr **RM Schichel** von der **CDU-Fraktion** stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt II.7 „Besetzung von Amtsleitungsstellen in der Gemeindeverwaltung - Herstellung des Einvernehmens gem. § 13 Abs. 2 S. 1 der Hauptsatzung i.V.m. § 73 Abs. 3 Satz 2 GO NRW“ von der Tagesordnung abzusetzen, da er eine Vorstellung der Bewerber im Rat wünscht. Er verweist dazu abermals auf den Kommentar von Kleerbaum/Palmen und hier auf ein dort genanntes Urteil des OVG-Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2001, aus dem die CDU-Fraktion entsprechende Rechte ableiten möchte.

(Anmerkung der Verwaltung: Um sicherzustellen, dass hier tatsächlich über dasselbe Urteil gesprochen worden ist, ist die CDU-Fraktion, Herr Schichel, nach Abschluss der Sitzung darum gebeten worden, das zitierte Urteil oder das Aktenzeichen der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Dies ist bis heute nicht erfolgt.)

**BM Vedder** erklärt, dass die Vorauswahl der Bewerber die Aufgabe des Bürgermeisters sei. Ohne den Inhalt des Urteils ad hoc für diesen Fall bewerten zu können, sei es grundsätzlich so, dass eine Vorstellung im Rat bei der Besetzung von Beigeordnetenstellen vorgesehen sei. Die Begründung sei, jedenfalls wie von Herrn **RM Schichel** vorgetragen, nicht tragend, da es sich in den hier zu beurteilenden Fällen um Amtsleiterstellen handeln würde.

Zudem gehe er davon aus, dass es sich hierbei nicht um die aktuelle Rechtsprechung handeln würde. Es habe eine Gesetzesnovelle betreffend die Gemeindeordnung NRW, insbesondere im Jahr 2007, gegeben.

**Herr Stöttke, AL 10**, berichtet, dass die Vorgehensweise der Verwaltung mit dem Städte- und Gemeindebund besprochen worden sei und sich mit dessen Empfehlungen zum Stellenbesetzungsverfahren in diesen Fällen deckt (*sh. hierzu abermals Ratsprotokoll vom 07.02.2018, TOP 5 – Stellenplan 2018*).

Die **UWG-Fraktion** hält es für anmaßend, dass die Bewerbungsgespräche vom Rat geführt werden sollen. Dadurch würde der Eindruck entstehen, dass das Vertrauen in die Verwaltung gänzlich verloren sei.

Die **CDU-Fraktion**, Herr **RM Frieling**, erklärt, dass sie nicht die Durchführung von Bewerbungsgesprächen im Rat einfordere. Es ginge darum, die Bewerber im Rahmen eines Vorstellungsgesprächs im Rat kennenzulernen, um sich einen optischen und persönlichen Eindruck zu verschaffen.

**BM Vedder** erläutert, dass die Gemeindeordnung Vorstellungsgespräche für Amtsleiterstellen im Rat grundsätzlich nicht vorsehe. Es gebe darüber auch einen Beschluss vom Rat. Er gibt zu bedenken, dass es bereits jetzt eine Vakanz im Ordnungsamt gebe und es sinnvoll wäre, die Stellenbesetzung nunmehr vorzunehmen.

Die **Grüne-Fraktion** stimmt dem Antrag der **CDU-Fraktion** nicht zu, sondern trägt den Vorschlag der Verwaltung mit. Sie sieht die Gefahr, dass die Bewerber zwischenzeitlich abspringen könnten.

**RM Schlechter, FDP**, fragt an, ob der Tagesordnungspunkt jetzt nur in die nächste Sitzung verschoben werde und es dann auch keine Vorstellung der Bewerber gebe.

**BM Vedder** bejaht dies. Es gebe eine entsprechende, grundsätzliche gesetzliche Regelung. Eine Abweichung davon wäre eine zu begründende Ausnahme.

**Beschluss:** 14 ja  
8 nein  
1 Enthaltung

Im nichtöffentlichen Teil wird der Tagesordnungspunkt II.7 „Besetzung von Amtsleitungsstellen in der Gemeindeverwaltung - Herstellung des Einvernehmensverfahrens gem. § 13 Abs. 2 S. 1 der Hauptsatzung i.V.m. § 73 Abs. 3 Satz 2 GO NRW“ von der Tagesordnung abgesetzt. Alle weiteren Tagesordnungspunkte rücken entsprechen nach oben.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie wird damit in der geänderten Fassung festgestellt.

## **I. Öffentlicher Teil:**

### **TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung**

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 18.04.2018 werden nicht erhoben.

Sie ist damit anerkannt.

**Beschluss:** -/-

### **TOP 2.: Einwohnerfragestunde**

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Zur Sitzung sind keine Einwohnerfragen eingegangen.

**Beschluss:** -/-

### **TOP 3.: Integriertes Handlungskonzept für den Ortskern Oeding - Erste Zwischenergebnisse**

**Sitzungsvorlage-Nr.: 55/2018**

**BM Vedder** begrüßt **Frau Asche** und **Herrn Kutzera** von der Pesch & Partner, Architekten und Stadtplaner aus Dortmund.

**Herr Kutzera** stellt die ersten Teilergebnisse aufgrund des durchgeführten Bürgerforums am 10.04.2018 in der Jakobihalle vor. Das Protokoll darüber findet man im Internet. [Protokoll Bürgerforum](#)

Er führt aus, dass als nächstes Expertengespräche geführt würden, aus denen man konkrete Handlungsfelder und erste Ideen in das zweite Bürgerforum einspeisen könne. Ein gemeinsamer Bericht über die Ortsteile Südlohn und Oeding sei voraussichtlich im Oktober zu erwarten.

**BM Vedder** bedankt sich bei **Herrn Kutzera** für die Präsentation.

Die **CDU-Fraktion** bedankt sich, dass die Ideen aus dem Bürgerforum entgegengenommen wurden. Es bestehe Handlungsdruck um die Ortsentwicklung in Oeding voranzubringen. Die Fläche zwischen Rathaus und Panofen solle in Zukunft nicht bebaut werden, damit dort ein attraktiver Dorfplatz entstehen könne. Man müsse die Rahmenbedingungen mit dem Investor ausloten. Die Zuwegung Panofen spiele derzeit keine Rolle. Kein Ratsmitglied habe den Drogeriemarkt abgelehnt.

Die **UWG-Fraktion** bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung und betont noch einmal, dass die UWG und die FDP die einzigen Fraktionen gewesen seien, die ohne das Vorliegen des Integrierten Handlungskonzeptes einen Beschluss fassen wollten. Sie kann die in dem Schreiben vom Gewerbeverein genannte Kritik bezüglich der „Hinhaltetaktik“ gut nachvollziehen. Es gebe einen Auftrag durch die Bürger und sie hoffe, dass im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung eine Entscheidung getroffen werde.

Die **Grüne-Fraktion** kann das Schreiben des Gewerbevereins Oeding nicht nachvollziehen und widerspricht der UWG-Fraktion. Niemand wolle den Drogeriemarkt verhindern. Es sei aber ein großes Thema und daher seien erst mal die Fakten zu klären. Die CDU- und die Grüne-Fraktion wollten das Integrierte Handlungskonzept abwarten um nicht gegen den Willen der Bürger zu entscheiden. Bei einer Erschließung von Burlo West

durch die Straße Panofen würde das Planungsgebiet zerschnitten. Es bestehe auch die Möglichkeit eines Zubringers über die Umgehungsstraße.

**Herr Kutzera** stellt klar, dass die Zuwegung Burlo West durch die Straße Panofen ausdrücklich von den Bürgern gewünscht sei. Es sei eine Rad- oder Autoverbindung möglich.

**Herr Vahlmann, AL 60**, erläutert, dass im städtebaulichen Entwicklungskonzept eine Straße von der Umgehungsstraße aus in den Ortskern geplant ist, damit Vorbeifahrende die Möglichkeit hätten in den Ort zu kommen.

Die **CDU-** und **Grüne-Fraktion** halten es für erforderlich, dass das Integrierte Handlungskonzept vorliegt um eine Entscheidung treffen zu können.

**BM Vedder** hält es für notwendig, das Verhandlungspaket zu schnüren. Was mit den Bürgern entwickelt wurde, stimme mit den bisherigen Planungen überein.

Die **SPD-Fraktion** lobt das durchgeführte Bürgerforum und betont, niemals gegen den Drogeriemarkt gewesen zu sein. Sie hofft, dass im nichtöffentlichen Teil eine Entscheidung getroffen werde. Die Bürgermeinung müsse in die Entscheidung einfließen.

**Beschluss:** -/-

#### **TOP 4.: Mitteilungen und Anfragen**

##### **4.1.: Förderantrag 100-Schlösser-Route**

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

**BM Vedder** teilt folgendes mit:

In der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 21. Februar diesen Jahres wurde über die Beantragung einer Förderung zur Verbesserung der kommunalen Wegeinfrastruktur auf der 100-Schlösser-Route beraten. Zu Details wird auf die Sitzungsvorlage 19/2018 verwiesen.

Bei den in Rede stehenden Wege handelt es sich um den Ottenstapler Weg (Nr. 67) von Hülscher und Jägering bis zur Vennstraße sowie um zwei weitere Wegestücke (Nr. 88 und 93) im Venn in der Nähe von Tebrügge bis Overkamp und westlich von Picker-Kersting.

Am 26. April ist bei der Gemeindeverwaltung ein Schreiben des Kreises Borken eingegangen wonach die Gemeinde bis zum 23. Mai 2018 einen Förderantrag einreichen kann. Das Budget entspricht den in der Sitzungsvorlage 19/2018 genannten Zahlen. Die in Aussicht gestellte Förderung beträgt 80 % der geschätzten Baukosten von 198.000 Euro, so dass ein Eigenanteil von 39.600 Euro verbleibt.

Die Gemeindeverwaltung wird gemäß Beschluss im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss den Förderantrag zum 23. Mai 2018 einreichen. In der nächsten Sitzung des Gemeinderates ist dann ein Beschluss zur Sicherstellung der Finanzierung zu fassen der dann umgehend dem Antrag nachgereicht wird.

Es ist geplant, dass die Ausschreibung in 2019 erfolgen soll und die eigentliche Baumaßnahme in 2020 umgesetzt werden soll. Das heißt, im Haushalt 2019 ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 198.000 EUR einzustellen.

**Beschluss:** -/-

##### **4.2.: Sachstand Radfahrschutzhütte Heimatverein Südlohn**

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

**RM Schichel** erkundigt sich, ob es schon eine Lösung für die Errichtung der Radfaherschutzhütte des Heimatvereins Südlohn gebe.

**BM Vedder** verneint dies.

**Beschluss:**

-/-

Christian Vedder  
Bürgermeister

Silvia Heselhaus  
Schriftführerin